

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### Ausschuss für Verfassungsschutz

28. Sitzung  
20. November 2019

Beginn: 12.03 Uhr  
Schluss: 14.10 Uhr  
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Ich rufe auf

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten und  
Deradikalisierungsprogramme in den Berliner  
Justizvollzugsanstalten**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0056](#)  
VerfSch

#### Hierzu: Anhörung

Zunächst die Begründung des Tagesordnungspunktes durch die Regierungsfractionen, an dieser Stelle durch Herrn Kollegen Schreiber. – Bitte, Sie haben das Wort!

**Tom Schreiber** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank auch an die Anzuhörenden, dass gerade Sie heute für uns Zeit haben, uns ein ganz wichtiges Themenfeld nicht nur näherzubringen, sondern auch ein Stück weit die Möglichkeit zu geben, in Ihren Arbeitsalltag hineinzuschauen und gewisser Weise ein Verständnis dafür zu entwickeln, was Prävention im weitesten Sinne leisten kann, was sie leisten muss und wo vielleicht auch Grenzen der Prävention im weiteren Sinne, gerade was das Themenfeld Rechtsextremismus- aussteigerprogramm betrifft eigentlich liegen. Das ist deswegen ganz wichtig: Wir haben hier etliche Themen, ob das Rechtsextremismus in Neukölln war und ist, aber auch das, was sich

bundesweit hier darstellt, die Situation, dass wir gerade mit dem Blick auf die Prävention, glaube ich, noch das eine oder andere bewegen können, sollen und auch müssen.

Die Frage, die für uns im Raum steht – wir haben das intensiv getan bei dem Thema Deradikalisierungsprogramme in Haftanstalten im Bezug zum Islamismus: Erfolg, Nichterfolg? Was kann man alles machen und tun? – Deswegen ist es uns für heute auch wichtig, genau dieses Themenfeld im Ausschuss mit Ihnen als Experten zu hören bzw. auch Ihre Expertise mitzunehmen. – Das wäre es eigentlich für die kurze Einführung.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Herr Kollege Schreiber, vielen Dank für diese Begründung des Tagesordnungspunkts! – Ein Hinweis noch: ein Wortprotokoll? – Ich gehe davon aus, dass das allseits gewünscht wird. – Dann verfahren wir so.

Jetzt darf ich unsere Anzuhörenden begrüßen: Herrn Mücke, Herrn Wichmann und Herrn Dr. Wagner – herzlich willkommen! Vielen Dank, dass wir heute dieses Thema mit Ihnen erörtern können! – Nach der Begründung würde ich vorschlagen, dass wir direkt in die Anhörung einsteigen, sobald Herr Staatssekretär Akmann für den Senat kurz ausgeführt hat.

**Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat sich dieser Ausschuss in der Vergangenheit mehrfach und sehr intensiv mit Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung im Bereich des Islamismus und Salafismus befasst. Die Entwicklungen der letzten Monate führen uns aber allen vor Augen, dass Anstrengungen auch im Bereich der Deradikalisierung und Prävention im Rechtsextremismus intensiver und ggf. mit neuen Ansätzen geführt werden müssen.

In der Koalitionsvereinbarung haben sich die Regierungsfractionen unmissverständlich für ein entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ausgesprochen, und zwar sowohl durch konsequentes repressives Vorgehen als auch durch den Ausbau und die Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen. Im Zentrum der Präventionsstrategie des Berliner Senats steht dabei das Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt, Respekt – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, in dem aktuell etwa 60 zivilgesellschaftliche Projekte jährlich finanziell unterstützt werden.

Da dieses Programm bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung angesiedelt ist, freue ich mich, dass Herr Richard und Vertreter des Hauses SenJust heute im Ausschuss sind, und ich denke, sie stehen auch für Nachfragen zur Verfügung.

Ich möchte an dieser Stelle gleichwohl noch mal auf die Thematik eingehen, und zwar ein Stück weit auch aus Sicht des Verfassungsschutzes: Der Berliner Verfassungsschutz unterhält – eine wichtige Feststellung – keine eigenen Aussteiger- und Deradikalisierungsprogramme. Ausstiegs- und auch Deradikalisierungsprozesse beinhalten immer eine Reihe von Maßnahmen, die im sozialen, pädagogischen und ggf. auch therapeutischen Bereich liegen. Für eine effektive Wahrnehmung dieser Aufgaben braucht es entsprechendes Know-how und Personal, über das zivilgesellschaftliche Träger – ich denke an VPN oder Exit – in einem weit größeren Ausmaß verfügen als der Verfassungsschutz.

Gleichwohl können Informationen des Verfassungsschutzes zur Einleitung solcher Prozesse nützlich sein und vielleicht auch erforderlich werden. Auch die Innenminister und Innensensatoren von Bund und Ländern haben sich im Rahmen ihrer Sondersitzung nach Halle am 18. Oktober diesen Jahres für eine zielgruppenorientierte Ausrichtung von Deradikalisierungsprojekten gegen Rechtsextremismus ausgesprochen. Auch die nächste Sitzung der Innenminister, die Anfang Dezember stattfindet, und die Gremien der Innenministerkonferenz beschäftigen sich mit diesem Thema und v. a. mit der Frage, ob der Verfassungsschutz in entsprechende Projekte künftig noch stärker eingebunden werden könnte und sollte. – Das vorab.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank für diesen Rahmen, den Sie damit gegeben haben, Herr Staatssekretär! – Ich schlage vor, wir steigen dann direkt in die Anhörung ein. – Meine Herren, haben Sie möglicherweise vorher schon eine Reihenfolge untereinander vereinbart? – Dann würden wir uns selbstverständlich danach richten. – Herr Dr. Wagner, Sie beginnen? – Bitte!

**Dr. Bernd Wagner (Exit Deutschland):** Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung zur heutigen Sitzung! Wir haben eine Rollenteilung vorgenommen: Herr Wichmann wird in den Arbeitsalltag dessen, was wir tun, einführen. Ich würde ganz kurz zunächst den Ansatz und die Grobstruktur darstellen, was wir tun und wie wir uns aufgestellt haben: Wir sind als Exit Deutschland ein Label innerhalb der ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur, die eine gemeinnützige GmbH ist. Diese Einrichtung ist ursprünglich 1997 als Verein gegründet worden und ab 2003 zur gGmbH mutiert. Wir haben von Anbeginn ein Paradigma in den Mittelpunkt gestellt, das der demokratischen Kultur, das sich dann sehr deutlich auf das Gesamtensemble aller Normen des Grundgesetzes zurückbindet und dabei keine parteipolitischen Präferenzen entwickelt. Das heißt also, der Normenkanon des Grundgesetzes ist für uns inneres Gesetz, und wir haben von da aus auch einen originären Extremismusbegriff abgeleitet, der mit dem im Konzept der wehrhaften Demokratie, das der Gesetzlichkeit im Verfassungsschutzrecht – – also bei der Bestimmung von extremistischen Organisationen zugrunde gelegt wird.

Insofern ist die Deradikalisierung genau in diesen Rahmen eingebaut. Das heißt also, wir sprechen Personen an, die Mitglieder und aktive Sympathisanten von originär extremistischen Organisationen sind, primär rechtsextremen Organisationen. Natürlich können zu uns auch Personen aus anderen extremistischen Organisationen kommen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Insofern haben wir über die Jahre auch andere Personen unterstützt, die nicht im originären Bereich des Rechtsextremismus angesiedelt waren, und dort beschlossen haben, diese Strukturen aus innerer Einsicht zu verlassen. – Das ist immer die Voraussetzung für uns, dass diese innere Haltung des Verlassen-Wollens aus ideologischen, politischen und auch persönlichen Gründen – was auch politische Auswirkungen hat – als Voraussetzung gilt.

Insofern haben wir, wie gesagt, unsere gesamte Tätigkeit auf diese Rahmenbedingungen aufgebaut und durchaus auch noch einen zweiten Ansatz in den Mittelpunkt gestellt: Das ist der bundesweite Ansatz und ein auch ins Ausland hinausreichender. Das heißt also, wir haben auch Personen, die mit deutschen extremistischen Organisationen, rechtsextremen Organisationen beispielsweise, verbunden und in Organisationen im Ausland tätig sind, die Doppelstaatler oder andere Staatsbürger sein können, die aber auch hier in Deutschland agieren und im Ausland, wie z. B. italienische Rechtsextremisten, mit denen wir zu tun hatten, spanische und andere.

Das ist sozusagen eine zweite Linie, die dort auch mitläuft. Und wir haben natürlich logischerweise auch in der Einrichtung eine Kopie davon gemacht, das ist HAYAT-Deutschland – sicherlich nicht diesem und jenem bekannt; im Bereich Islamismus sind von da aus auch Partnerorganisationen von VPN in dieser Sache und haben natürlich dann gemeinsame Berührungspunkte und Schnittstellen mit vielen anderen Organisationen, auch staatlichen Angeboten im Bereich Verfassungsschutz, kriminalpolizeilicher Staatsschutz in anderen Bundesländern.

Das vorausgeschickt, können Sie gern hineinfragen, was es mit dieser Gesamtaufhängung an Bewandnis hat. Ich würde gern jetzt an Herrn Wichmann überleiten, der in den Arbeitsalltag, den wir täglich vor uns haben, hineinführt.

**Fabian Wichmann** (Exit Deutschland): Vielen Dank auch von mir! – Ich würde jetzt kurz einen Überblick über die Arbeit, über die Inhalte und die Geschichte geben und ein paar Zahlen und Fakten bringen, damit man eine Grundlage hat, um später vielleicht nachzufragen.

Link zur Präsentation:

[https://prezi.com/srxuf8yintxv/?token=031795c7090c94241f2428df4fa0e200649965d1b8b9849a13dbdf84b0fc5898&utm\\_campaign=share&utm\\_medium=copy](https://prezi.com/srxuf8yintxv/?token=031795c7090c94241f2428df4fa0e200649965d1b8b9849a13dbdf84b0fc5898&utm_campaign=share&utm_medium=copy)

Vorweg: Die Bilder, die da hinten erscheinen, sind ein Projekt, das wir zusammen mit einem Fotografen umgesetzt haben. Das ist ein Projekt, das sich „Unter die Haut“ nennt und den Prozess des Entfernens von rechtsextremen Tätowierungen und gleichzeitig ein Stück weit auch die Problematik dokumentiert, mit der wir immer konfrontiert werden, also die Aufarbeitung der Vergangenheit der Personen, die im Zweifelsfall sehr kostspielig sein kann.

Zur Geschichte: Exit Deutschland wurde 2000 von Herrn Dr. Bernd Wagner und Ingo Hasselbach gegründet. Ingo Hasselbach, damals ein ehemaliger Neonazi hier aus Berlin, und Herr Wagner aus dem Polizeidienst kannten die Thematik und die Problematik und haben daher eigentlich ein Konzept der Aufarbeitung und Sicherheit in den Vordergrund gestellt und das mit den jeweiligen biografischen Erfahrungen verbunden. – Was bedeutet die Aufarbeitung? – Sehr konkret geht es bei uns in der ersten Perspektive um eine Verhinderung von Opfern, also eine Art von Opferschutz, Kriminalitätsprävention, Vergangenheitsbewältigung, Aufarbeitung über biographisches Arbeiten, Reflexion, Tattoo-Entfernung als ein sichtbarer Bestandteil davon, Hilfe bei sozialen und finanziellen Problemen – dabei geht es aber nicht um die finanzielle Unterstützung, das muss ich deutlich sagen, sondern um die Vermittlung in entsprechende Hilfekontexte der Finanzierung, also Schuldenberatung und andere –, Unterstützung bei der Bearbeitung von persönlichen Dispositionen im Sinne von Gewalt, Aggression, also Antiaggressionstrainings, oder bei Bedarf in spezifischen Fällen im medizinisch-therapeutischen Bereich.

Voraussetzung für die Arbeit ist für uns immer die Sicherheit, weil ohne Sicherheit eigentlich keine Aufarbeitung und kein Neuanfang möglich sind. Da haben wir grundsätzlich die Prämisse, dass wir fallbezogen in notwendigen Fällen mit Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten. Wir arbeiten nicht generell und per se zusammen, sondern nur in spezifischen Fällen. In der Regel geht es da um Begleitung bei Identitätswechseln aus Sicherheitsgründen, Umzug oder ähnliche Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen des Ausstiegs. Darüber hinaus versuchen

wir, im Bereich Schutz, Sicherheit die Ausstiegsprozesse zu unterstützen, auch die praktische Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen am Fall, Unterstützung im Bereich Risikomanagement Sicherheit, und das alles auf Grundlage unseres Case-Managements.

Diese beiden Punkte, also die Aufarbeitung und die Sicherheit, sind für uns die Voraussetzung für eine Art von Wieder-Integration, also letztlich die Basis, und das bedeutet, dass wir in dem Zusammenhang auch Begleitung und sehr konkrete Integration im Rahmen von Begleitung in Haftanstalten haben. Wir haben im Umfeld Angehörigenberatung, wir haben Qualifizierung und Fachpersonal, auch die Diskursgestaltung und die Entwicklung einer – in Anführungsstrichen – Willkommenskultur, also die Auseinandersetzung mit der Thematik Ausstieg und Integration in die Gesellschaft, die auch für uns eine größere Herausforderung darstellt, insbesondere bei Biografien, die sehr deutlich sichtbar nachvollziehbar sind und über mehrere Jahre in diesem extremistischen Umfeld waren. Letztendlich haben wir Partnernetzwerke im In- und Ausland und im Kern die Devianz-Vermeidung im Bereich, also im Prozess der Integration.

Wir gehen von einer – Herr Wagner hat es schon angesprochen – Kernmotivation aus. Personen, die sich an uns wenden, müssen eine mehr oder minder ausgeprägte Motivation mitbringen. Wir werden nicht auf Demonstrationen ansprechen im Sinne von: Lass uns doch mal über deine politische Einstellung sprechen! – Das wird nicht funktionieren. Aber wir fahren Kampagnen oder Öffentlichkeitsarbeit, die letztendlich diese Zweifel aufbauen, verstärken oder diese Motivationen entwickeln sollen. Dazu haben wir in verschiedenster Form schon Kampagnen in diversen Bundesländern – „Rechts gegen Rechts“, das Trojaner-T-Shirt usw. – , dass wir da sehr direkt an die Zielgruppe herantreten, aber immer mit der Idee: Sensibilisierung zum Thema oder sehr konkret die Platzierung des Angebots, also unsere Ausstiegsarbeit.

Zur Zielgruppe: Unsere Zielgruppe ist nicht zwingend die Zielgruppe, die man vielleicht in erster Linie mit dem Thema Rechtsextremismus verbindet, also Jugendliche, die da desorientiert ihren Alltag suchen. Unsere Zielgruppe ist deutlich älter: Die Kernzielgruppe stellen die 18- bis 35-Jährigen dar, deutlich mehr Männer als Frauen. Weiterhin noch eine Problematik sind Kinder im Zusammenhang mit Familien, die aussteigen; das ist eine besondere Schwierigkeit in der Ausstiegsbegleitung. Die Akteure waren in der Regel zwischen fünf bis zehn Jahre, aber auch deutlich darüber hinaus in der rechtsextremen Szene aktiv aus bundesrelevanten Gruppen, die über die Landesgrenzen hinaus in irgendeiner Art und Weise eine Aktivität entwickelt haben, hoch radikalisierte Klientenprofile. Die Ausstiegsbegleitung dauert – wenn man eine Formel an Jahren haben will – zwischen zwei bis vier Jahre; einige kürzer, einige deutlich länger. Wir haben Fälle, die bis zu sieben Jahre begleitet werden. Wir haben Fälle, die auch juristisch in einem konkreten Fall in Karlsruhe hantiert worden sind. – Also da sieht man, dass da auch noch mal eine andere Bedarfslage ist.

Wir hatten in der Phase seit der Gründung 2000 bis jetzt 16 Rückfälle mit staatschutzrelevanten Bezügen, also Rückfälle, und letztendlich aber auch Konversionen im Bereich Islamismus, Rechtsextremismus – also in dem Fall Rückfall – oder Linksextremismus – mehr dazu finden Sie auf unserer Seite im Bereich Exit als Unterstrich.

Jetzt so ein paar Fakten, die wichtig sind zur Begründung: Wir haben seit dem Start 2000 mehr als 750 Ausstiege begleitet. Wir haben lokale Beratungs- und Ansprechpartner in Norddeutschland, Süddeutschland und auch hier im mitteldeutschen Raum. Wir haben einen Akti-

onskreis; das sind um die 40 ehemalige Rechtsextremisten, die sich aktiv in verschiedenen Formen von Kampagnen oder auch von Öffentlichkeitsarbeit beteiligen. Die aktuelle Förderung – wir sprechen jetzt von der Förderung seit 2015 bis Ende dieses Jahres – sind 225 000 Euro jährlich. Dazu eine kurze Anekdote am Rande: Ich habe gestern einen Artikel von 2001 gefunden. Otto Schily setzte damals sein Aussteigerprogramm auf und sprach da von einem Einzelfallbedarf, den er kalkulierte, also ein Aussteiger 100 000 DM damals. – Das würde bei uns bedeuten: Unser Fördervolumen seit 2000 bei 750 Fällen wäre dann bei 37 500 000 oder so. Wir haben nicht einmal 11 Prozent der Förderung – nur, um einmal die Vergleichszahlen zu haben. Wir arbeiten also nicht mit 50 000 Euro am Fall, sondern bei uns wären es dann so ca. 5 500 Euro am Fall. – Das ist die Basis, die wir zur Verfügung haben.

Kurz noch mal in der Wahrnehmung: Wir haben verschiedentlich internationale Kampagnen umgesetzt. Wir publizieren im Bereich Rechtsextremismusausstieg und Risikomanagement. Wir haben jüngst ein Tool für die Risikowahrnehmung und -bewertung entwickelt, SADeRa. Wir arbeiten an Standards und sind als Organisation Mitglied und Partner von diversen Fachgremien oder -strukturen. – So viel erst mal zur Einführung, und auf Fragen können wir gern später eingehen.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Wichmann! – Herr Mücke, möchten Sie direkt anschließen? – Bitte!

**Thomas Mücke (VPN):** Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Thomas Mücke, ich bin Geschäftsführer von Violence Prevention Network. Am Anfang die Anmerkung: Wenn Sie hier zwei Organisationen haben wie Exit und Violence Prevention Network, die im Bereich von Arbeiten mit extremistischen Personen tätig sind, dann heißt das nicht, dass wir konkurrierend wirken, sondern wir sind zwei Organisationen, die mit sehr unterschiedlichen Zielgruppen arbeiten und unterschiedliche Ansätze haben, wo wir uns gegenseitig ergänzen. Violence Prevention Network ist schon seit 2002 im Bereich von Rechtsextremismus tätig gewesen. Eigentlich kommen wir auch aus dem Rechtsextremismus; wir haben vorwiegend in den Vollzugsanstalten in verschiedenen Projekten von 2002 bis 2012 und dort mit über 1 000 Personen gearbeitet, die wegen Extremismus aufgefallen sind.

Ich konzentriere mich jetzt auf Berlin und was zurzeit aktuell die Angebotsstrukturen hier sind: Wir waren bisher nicht so viel im Rechtsextremismus tätig. Das hatte etwas damit zu tun, dass man sich in der alten Förderungspolitik immer auf einen Phänomenbereich konzentrieren musste. Das hat sich Gott sei Dank in der letzten Förderperiode geändert. Wir haben mittlerweile auch im Justizbereich die Möglichkeit, extremismusphänomenübergreifende Angebote zu machen, das heißt die Angebotsstruktur von JUST X, die ein Trägernetzwerk ist von Violence Prevention Network, Denkzeit und NEXUS – das ist ein therapeutisches Netzwerk – darf unabhängig und grundsätzlich in jedem Phänomenbereich tätig sein. Wir haben hierzu, auch was den Rechtsextremismus angeht, verschiedene Sensibilisierungsveranstaltungen durchgeführt für den Bereich des Vollzugs- und Fachdiensts, sodass wir hoffen, dass wir dann auch hier konkret mit der Zielgruppe tätig werden können.

Wir haben im Bereich der spezifischen Prävention – das heißt, wenn z. B. junge Menschen auffällig sind mit rechtsextremistischen Narrativen – die Möglichkeit, diesen Personenkreis anzusprechen. Das ist das Projekt CROSSROAD, das beim Demokratiezentrum angesiedelt ist. Hier geht es um junge Menschen, die noch nicht vernetzt sind im extremistischen Milieu,

aber teilweise schon diese Versatzstücke deutlich machen. Die werden frühzeitig angesprochen; aber hier sind wir angewiesen auf die Hinweise aus dem Umfeld wie z. B. Schule oder Elternhaus.

Was wir bis jetzt nicht hatten, war die Zielgruppe derjenigen, die in der rechtsextremistischen Szene in Berlin als gewalttätig betrachtet wird. Das ist anders zu bewerten als sogenannte Gefährder; wir nennen sie „gefahrenrelevante Fälle“. Sie haben noch keine eigene Ausstiegsmotive aus der Szene, sind aber schon in der Szene involviert. Wir haben versucht, hier aktiver zu sein und entsprechende Angebote zu unterbreiten. Das ist eine Intention gewesen, die uns nach dem Mord an Walter Lübcke getrieben hat, hier aktiver zu werden. Das hat sicherlich damit zu tun gehabt, dass einige von uns ihn persönlich kannten. Wir haben nicht mehr abgewartet, bis Politik sozusagen sagt, „Da muss etwas geschehen!“, sondern wir sind hier auf Politik zugegangen und haben gesagt: Hier ist eine Lücke, die muss gefüllt werden! – Wir haben es geschafft, im Rahmen des Programms „Demokratie leben“, dass dieses Projekt jetzt in die Antragstellung hineinkommt und zum 1. März beginnen wird.

Und da geht es um die Arbeit mit sogenannten gefahrenrelevanten Fällen aus der rechtsextremistischen Szene hier in Berlin; und zwar haben wir versucht, das, was sich im Bereich des religiös begründeten Extremismus bewährt hat, auf den Rechtsextremismus zu übertragen. Das heißt zum Beispiel, die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, was gefahrenrelevante Fälle angeht, auch hier zu suchen, weil wir so die Möglichkeiten haben, den Personenkreis besser aufsuchen zu können. Es ist eine aufsuchende Tätigkeit, es geht gerade um junge Menschen, die noch keine Zweifel haben; aber die wollen wir nicht aufgeben. Unsere Arbeit zeigt insgesamt, dass so eine Strategie funktionieren kann, und sie ist bei uns eingebettet in eine Strategie der 1 000 Nadelstiche – das heißt, wir versuchen den Extremismus dadurch zu schwächen, dass wir ihm den Nachwuchs wegnehmen. Wir können damit nicht jeden Brand löschen, aber wir können versuchen, dass aus dem Brand nicht ein Flächenbrand wird, und deswegen versuchen wir, diese Zielgruppe ganz besonders anzusprechen. Es ist für Berlin erfreulich, dass wir das ab 1. März hier in Berlin gestalten können.

Ein letzter Punkt, den ich mir von der Politik wünschen würde: Alle, die im Extremismusbereich arbeiten, brauchen Hinweise aus dem sozialen Umfeld – Schule, Eltern, Institutionen, wie auch immer –, denn ansonsten können wir nicht tätig werden. Und ich fand den Vorschlag der Polizeipräsidentin hier in Berlin sehr diskussionswürdig, die angesprochen hatte, dass es auch für den Rechtsextremismus eine zentrale Hotline geben sollte, bei der sich Betroffene melden können. Wir haben das im Bereich des religiös begründeten Extremismus seit vielen Jahren mit einer sehr hohen Erfolgsquote, das heißt, die Zentrale wird angerufen, und die Zentrale übernimmt dann das Weitergeben des Falles an eine entsprechende Nichtregierungsorganisation. Für den Rechtsextremismus fehlt dies noch, und das wäre etwas, das ich gerne als Forderung in die Diskussion bringen würde. Das mal im Kurzen.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, meine Herren, für diese Einführungen und Darstellungen! – Wir treten dann in unsere Aussprache ein: Zunächst Frau Helm, dann Herr Kollege Schlüsselburg, Frau Kollegin Tomiak. – Frau Kollegin Helm, Sie haben das Wort. Bitte!

**Anne Helm (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, liebe Anzuhörende, für Ihre einführenden Worte! Bei mir sind einige Fragen offengeblieben; ich freue mich, dass wir Gelegenheit haben, das noch ein bisschen zu vertiefen. Zunächst habe ich ein paar Fragen zu Ihrer ganz konkreten Arbeit: Wenn ich das richtig sehe, haben Sie unterschiedliche Herangehensweisen – das eine ist eine aufsuchende Arbeit, auch konkret, und bei der anderen – bei Exit – steht der Ausstiegsentschluss Ihrer Arbeit voran. Da würde mich interessieren, ob Sie von Exit – seit Ihrer Gründung hat sich die rechte Szene ja verändert, auch die Art der Radikalisierung und der Anwerbung hat sich verändert – auch Klientelen wie beispielsweise völkische Siedler erreichen; ich denke da an die Ludendorff-Sekte oder ähnliche Strukturen, die Anastasia-Gemeinde oder auch Reichsbürger, Identitäre Bewegung. Finden auch die den Weg zu Ihnen, und was geht so einem Ausstiegsentschluss voran? Was setzt es also voraus, dass diese Klientelen den Weg zu Ihnen finden?

Daran anschließend an Sie, Herr Mücke, die Frage, wer für Sie ansprechbar ist, wenn Sie Hinweise bekommen. Ich kenne es aus anderen Bereichen der Präventionsarbeit, dass man immer ganz froh ist bei Schülerinnen und Schülern, weil man in der Schule immer noch einen Ort hat, wo man sie aufsuchend antrifft – aber wie genau funktioniert das, wenn Sie Hinweise

haben? Welche Personen sind für sie tatsächlich ansprechbar, und wie funktioniert so ein Erstkontakt? Und wie sind die Erfolgschancen, dass ein entsprechendes Angebot auch angenommen wird, wenn Sie aufsuchende Arbeit machen? – Dann auch noch die Frage: Wir haben jetzt einiges über Arbeit bei bereits straffällig gewordenen Klientelen erfahren – da würde mich das Verhältnis interessieren. Ich könnte mir vorstellen, dass beispielsweise eine höhere Haftstrafe ursächlich für einen Ausstiegsentschluss sein kann, aber wie ist das mit bisher nicht straffällig gewordenen, aber durchaus extremistischen Klientelen? Wie ist da das Verhältnis – werden die auch erreicht, müssen die anders erreicht werden? – Das erst mal zum Einstieg, vielen Dank!

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Frau Kollegin! – Herr Kollege Schlüsselburg, bitte!

**Sebastian Schlüsselburg (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich darf mich vorab auch ganz herzlich für Ihre engagierte Arbeit bedanken, die Sie tagtäglich machen, und ich hoffe, dass Sie unseren Austausch hier und unsere Anhörung als wertschätzendes Zeichen unsererseits für Ihre Arbeit werten.

Zu meinen Fragen – die erste geht an die Justizverwaltung, die auch anwesend ist. Ich bin rechtspolitischer Sprecher meiner Fraktion und werde mich ein bisschen auf den zweiten Teil des Themas konzentrieren, nämlich die Deradikalisierungsprogramme in den Justizvollzugsanstalten. Meine Frage an die Justizverwaltung wäre, inwiefern es bei den Gefangenen der Gruppen Eins und Zwei – das ist ja die neue Kategorisierung seit 2017 –, ehemals Gefährder oder Sympathisanten, einen aktuellen Stand gibt hinsichtlich derjenigen, die diesen Gruppen angehören und aus dem Rechtsextremismusbereich – in Führungszeichen – kommen; ob Sie da aktuelle Zahlen haben, würde mich interessieren, und ob es gegebenenfalls eine signifikante Entwicklung gibt, entweder in die eine Richtung – Abnahme – oder in die andere Richtung. Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang wäre, ob und inwieweit es bei Inhaftierten, die diesen Gruppen Eins und Zwei und – soweit sie das in der Tiefe erfassen – dem Rechtsextremismusbereich zuzuordnen sind oder waren, in der Haftzeit Ausstufungen gegeben hat. Ich hatte 2017 eine schriftliche Anfrage zu den beiden Gruppen gemacht, und da gab es zwei Ausstufungen – die sind beide jeweils in der Jugendstrafanstalt erfolgt, was insofern erfreulich ist, weil offensichtlich bei den jungen Menschen die Deradikalisierungsmaßnahmen gefruchtet haben. Die zweite Seite der Medaille ist natürlich die, dass es bei den anderen nicht geglückt ist, und wir insofern da noch Anstrengungen zu unternehmen haben. Das wären die ersten Fragen an die Justizverwaltung.

Die zweite Frage geht an Herrn Wichmann: Sie haben gesagt, dass es bei Ihnen zur Begleitung von sicherheitsbegründeten Identitätswechslern kommt – da würde mich interessieren, wie oft das im vergangenen Zeitraum, den Sie überblicken können, vorgekommen ist – vielleicht sogar für den Bereich Berlin – und ob das eine zunehmende oder eine abnehmende Entwicklung war. Ein ähnliches Themenfeld betrifft die Umzüge – die hatten Sie auch angesprochen –, die sie gegebenenfalls unterstützen. Da würde mich für Berlin interessieren, wie Sie es einschätzen, ob dieses Instrument der Umzüge für die Sicherheit der Betroffenen in Berlin ein statthaftes Mittel ist – denn man kann sich in Berlin zumindest in der Regel relativ gut von A nach B bewegen –, oder ob das für die Berliner Klientel dann tatsächlich Umzüge in andere, weiter entfernte Regionen betrifft.

Die dritte Frage ist zu dem Risikobewertungstool, das Sie, Herr Wichmann, angeführt haben. Können Sie uns dazu noch ein paar Details nennen, wie das funktioniert? Das würde mich interessieren. Sie hatten angesprochen, dass Sie das machen, dass Sie das entwickelt haben, da würden mich vielleicht noch zwei, drei ergänzende Informationen interessieren.

Die letzte Frage habe ich an Herrn Mücke: Könnten Sie noch einmal etwas zu Ihrer aktuellen Deradikalisierungsarbeit für den Bereich Rechtsextremismus sagen, insbesondere für den Bereich der Jugendstrafanstalt? Wie hat sich da Ihre Arbeit entwickelt? Wie bewerten Sie die, und gibt es da gegebenenfalls Punkte, in denen Sie Unterstützung aus der Politik benötigen würden? In dem Zusammenhang noch einmal insbesondere die Frage: Wie haben sich Ihre Erfahrungen im Bereich des Übergangsmanagements entwickelt, oder wie stellen die sich dar? Das ist ja auch ein besonders sensibler Bereich, wir haben verurteilte Straftäter, die dann ihre Haft verbüßt haben, wir haben das Ziel der Resozialisierung, und dann haben wir das Übergangsmanagement und immer unsere Hoffnung, dass es nicht zu einer Reradikalisierung und zu einem Rückfall zu Straftaten kommt. Da würde mich auch interessieren, wie Sie die Situation einschätzen und ob es auch in diesem Zusammenhang Punkte gibt, die Sie an die Politik adressieren könnten, wo Sie Unterstützung oder Nachsteuerung bräuchten. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Herr Kollege! – Frau Kollegin Tomiak, bitte! – Dann Herr Kollege Schreiber.

**June Tomiak (GRÜNE):** Vielen Dank auch im Namen meiner Fraktion! Ich habe eine allgemeine Frage: Wie sieht es denn aus mit dem Anstieg der Zahlen in den letzten Jahren? Lässt sich sagen, dass es eher weniger oder eher mehr Fälle gibt? Ist es ein gleichbleibendes Phänomen? Merkt man, dass es sich an Ereignissen, die passiert sind, orientiert, dass beispielsweise nach dem Mord an Walter Lübke besonders viele Menschen auf Sie zugekommen sind, oder kann man das so gar nicht sagen?

Dann habe ich eine Frage an VPN: Über dieses neue Projekt, das Sie ab März nächsten Jahres machen werden, haben Sie gesagt, dass Sie auch mit jungen Menschen konkret in Berlin arbeiten wollen – wie schätzen Sie denn da das Personenpotenzial ab? Gibt es lokale Schwerpunkte? Ist es so, dass Sie dann einfach stadtweit agieren und gucken, wo die Menschen sich melden, oder wird es so sein, dass Sie ganz gezielt in bestimmte Kieze oder an bestimmte Schulen gehen, wo Sie einen Schwerpunkt sehen? Das würde mich interessieren.

Dann zum Thema Justizvollzugsanstalten, vielleicht können Sie dazu etwas sagen: Wie sieht es denn mit Leuten aus, die aus dem Gefängnis entlassen werden – ist die Nachsorge etwas, wo Sie sagen, da sind Sie auch drin, da ist alles ausreichend, oder gibt es da starken Verbesserungsbedarf? Vielleicht könnten Sie das darstellen. Und auch noch mal zum Thema Radikalisierung in den JVA: Das ist im Bereich Islamismus ein Thema, über das wir immer wieder sprechen – ist das eine ähnliche Thematik bei Rechtsextremismus? Gibt es auch Menschen, die in die Justizvollzugsanstalten kommen, dort radikalisiert werden und dann radikaler entlassen werden? Und was mich noch interessieren würde, wäre, ob es störende Einflüsse von außen gibt. Sie als Organisation sind sicher Bedrohungen ausgesetzt, vermutlich aus den Organisationen, von denen Menschen sich distanzieren – lässt sich sagen, ob es da einen Anstieg oder eher einen Rückgang gab? Vielleicht können Sie die Situation, mit der Sie da konfrontiert sind, kurz darstellen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Frau Kollegin! – Herr Kollege Schreiber, bitte!  
– Dann Herr Kollege Lenz.

**Tom Schreiber (SPD):** Es ist schon eine ganze Menge an Fragen gestellt worden; ich würde daran anknüpfen wollen. Herr Wichmann sprach von der Integration zurück in die Gesellschaft – da würde mich interessieren: Wie ist es denn, wenn man weiß, jemand wird in anderthalb Jahren entlassen, gerade mit dem Hintergrund, es geht um die Wohnung, um den Job, vielleicht um Kitaplatz und andere Dinge – betrifft andere auch, aber wir haben dann besondere Fälle –, wie entfaltet sich dort Ihre Arbeit?

Sie sprachen auch das an: 16 Fälle seit 2000, von denen man sagt, das waren Rückfälle im weitesten Sinne – können Sie ein bisschen was dazu sagen, wo die Ursachen dafür lagen? Heißt das, man ist in die falschen Strukturen, Netzwerke zurück gelangt? Wir haben ja auch weitestgehend die Situation in den Haftanstalten, dass manche Strukturen draußen wie drinnen funktionieren; das heißt, wenn man jemanden hat, der Sie aufsucht und mit Ihnen arbeitet, muss man sehen, dass der in den Blick von anderen gerät und dann vielleicht auch isoliert und einer gewissen Bedrohung ausgesetzt wird, weil man das nicht möchte. Wie ist die Situation, wenn sich jemand dafür frei entscheidet?

Sie haben noch einen, wie ich finde spannenden, Punkt angesprochen, da bin ich ein bisschen hellhörig geworden, weil wir das im Bereich der organisierten Kriminalität haben, der hybriden Kriminalität im weitesten Sinne, wo verschiedene Themenfelder sich überlappen. Sie sprachen davon, dass der eine oder andere, wahrscheinlich nicht viele, sich einem anderen Extremismusphänomen neu zuordnen oder zum Beispiel in den Bereich Islamismus abdriften könnten, wenn sie vorher Rechtsextremisten waren oder wie auch immer. Da würde mich interessieren, ob das wirklich nur im weitesten Sinne Einzelfallfälle sind, das heißt, man nicht von einer Masse an Personen, die sich dann neu zuordnet, reden kann, sondern sich über die Jahre in die eine oder andere Richtung bewegt.

Abschließend noch ein Punkt Richtung Justiz, aber auch in Richtung der beiden Träger: Fortbildungen sind immer ganz gut und wichtig. Ich habe aber ein bisschen den Eindruck, wir überfrachten und überfordern da vielleicht ganz viele. Das heißt, die im Vollzug müssen dann da irgendwie etwas richten und machen. Wir haben das im Bereich Islamismus, wir haben es im Bereich Sensibilisierung, im Bereich der organisierten Kriminalität und, und, und. Wie muss ich mir das vorstellen? Werden Leute dort gezielt fortgebildet? Gilt das auch für die Menschen, die tatsächlich im Vollzug arbeiten, die Vorgesetzte sind, oder eigentlich nur für die Sozialarbeiter? Wie greift dieses System der Fortbildungen, dass es nicht eine generalisierte Fortbildung im weitesten Sinne ist, bei der alle alles bekommen, sondern dass man ein Stück weit schaut, dass es konkret bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommt, die letzten Endes vor Ort für Sie Ansprechpartner sind, aber auch für die Gefangenen.

Der letzte Punkt zu dem Thema Prävention. Herr Mücke hat es angesprochen: Nächstes Jahr, im ersten Quartal, geht das Thema Gefährderinnen und Gefährder mit dem Projekt los. Stehen wir da wieder ein Stück weit am Anfang? Weil es für mich ein bisschen so klang, als ginge man jetzt noch mal einen neueren Weg. Und mich würde interessieren, ob man aus den Expertisen der 1990er und 2000er Jahre nicht eigentlich schon viel weiter sein könnte und müss-

te, mit dem Grundwissen, wo man ansetzen kann, und ob Ihre Expertise da vielleicht nicht überall gehört wurde und wird.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Herr Kollege! – Herr Kollege Lenz, bitte! – Und dann, würde ich sagen, machen wir die erste Antwortrunde.

**Stephan Lenz (CDU):** Vielen Dank! – Auch ich möchte mich bei Ihnen dreien vorab für Ihre Ausführungen bedanken, und Sie merken schon, dass Ihre Arbeit große Unterstützung hier auch über die Fraktionsgrenzen hinweg hat, und wir sind sehr froh, dass die Möglichkeiten, die Berlin hat, zunehmend genutzt werden können. Ich habe in der Sache eine Verständnisfrage – und zwar habe ich mir notiert, dass es natürlich sehr schwer ist, an die betroffenen Personen heranzukommen und man Zweifel schüren muss, indirekt arbeiten muss, dass es ein längerer Prozess ist, weil man die nicht durch direkte Ansprache von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung überzeugen wird, das ist mir schon klar. Was ich noch nicht richtig verstanden habe, ist dieser Prozess, der über Monate, vielleicht auch über Jahre gehen kann – das ist sicherlich eine Sache, die man nicht von dem Umfeld getrennt sehen kann, das die betroffene Person hat, einmal in der Haftanstalt selber, aber dann auch außerhalb der Haftanstalt, denn da gibt es ja eine gewisse Durchlässigkeit. Wie können Sie das leisten? Wie gehen Sie denn mit den familiären Strukturen um, nehmen Sie die mit in den Blick? Auch die anderen gesellschaftlichen Strukturen, die außerhalb der Haftanstalt sind, die auch in die JVAen hineinwirken – wie meistern Sie das? Denn es gibt ja auch Kräfte, die sicherlich ein Interesse daran haben, dass Sie Ihre Arbeit nicht erfolgreich leisten können, weil Sie die Personen von diesen Gruppen wegführen wollen. Agieren die auch im Gefängnis? Wie gehen die mit Ihnen um? Und wie gehen Sie damit um, um zu leisten, dass dieser Prozess erfolgreich geführt werden kann? – Darauf würde ich es erst mal beschränken.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Herr Kollege! – Jetzt hatte ich von Ihnen, Herr Kollege Schlüsselburg, in Erinnerung, dass Sie auch Fragen direkt an die Justizverwaltung gestellt haben. Frau Mascialino, Herr Richard, wenn Sie zur Beantwortung der Fragen hier vorne Platz nehmen wollen, oder neben Herrn Dr. Wagner oder – mit Einverständnis der Fraktionen – auch dort hinten; da sind Mikrofone. – Bei der Antwortrunde würde ich allerdings gerne zuerst Ihnen das Wort erteilen – wer möchte anfangen? – Dr. Wagner, bitte!

**Dr. Bernd Wagner (Exit Deutschland):** Ich würde gerne anfangen. Zunächst Ihre Frage zu der Zusammensetzung des Personenkreises, bezogen auf die Herkunftsstrukturen und die Dynamik darin, auch die zeithistorische Dynamik. Wir haben ursprünglich mit Personen angefangen, die sich insbesondere im Bereich des militanten und ultramilitanten Rechtsextremismus verortet haben, sich biographisch hineinentwickelt haben, häufig in diese Milieus hineingeboren sind – darunter auch etliche Leute, die in originär völkischen Milieus aufgewachsen sind, in unterschiedlichen Spektren, das ist ja eine recht differenzierte Landschaft. Sie haben Anastasia angesprochen, das ist eher eine neuere Richtung, die wir noch nicht bei uns haben. Aber wir beobachten dieses Feld natürlich und beziehen es dadurch analytisch in unsere Arbeit ein.

Manche der Leute haben sehr viel Gewalt ausgeübt, teils im Rahmen eines allgemeinen Kampfes gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, um die Gesellschaftssystemik zu perforieren und die innere Lage zu destabilisieren – das ist eine wesentliche Motivlage, die in diesen Gewaltsprozessen enthalten ist – und natürlich um den Raumordnungs- und Feind-

bekämpfungskontext zu bedienen. Das heißt, es gab gerade in den Neunzigern – aber über die 2000er setzt sich das bis heute fort – Raumordnungskämpfe, gegen antreffbare Feinde im Territorium, das heißt also Linke, Andersdenkende, Andersseiende jeder Couleur, die in das ideologische und Feind-Raster dieser ultramilitanten und militanten Szene, in ihr originäres Deutschlandsbild und ihr Staats- und Zukunftsbild nicht hineingehören. Dann ist die Aufgabe natürlich, das Territorium kulturell zu hegemonieren und gleichzeitig eine Feindbekämpfung vorzunehmen nach dem physikalischen Prinzip: Wo ein Körper ist, kann kein anderer sein. Das sind die Leute, die aus diesen Kämpfen heraus in die innere Einkehr geraten sind und die gemerkt haben, dass sie ein falsches Ziel verfolgen und Zweifel, Skrupel, Bedenken wegen der von ihnen gemeinsam mit anderen begangenen schweren Straftaten bekommen haben. Das muss man ganz klar sagen, und da sind natürlich auch kathartische Prozesse in den Leuten selbst. Mein Mitgründer von Exit, Ingo Hasselbach, ist gerade wegen der Ereignisse in Mölln und Solingen und der Todesopfer, die dort durch die Szene produziert wurden, ins Denken gekommen, und so haben sich bei uns die Leute gemeldet, die genau in diesem Zweifel verfallen sind.

Eine andere Gruppe sind die, die nicht unbedingt verhaftet oder verurteilt worden sein müssen. Es gibt ja Leute, die durch die Ermittlungen durchschlüpfen – Sie haben das beim NSU-Prozess in München gesehen, da kann einer fast 20 Jahre sitzen und hat die Pistole besorgt. Und dann kommt die Vergangenheit wieder hoch. Deswegen raten wir allen Leuten, die in diesem Kontext aktiv waren, ihre Leichen aus dem Keller zu holen und zu bekennen, bei einer Staatsanwaltschaft und bei Gericht, damit das, wenn man wirklich ausgestiegen ist, nicht wiederkommt; man macht seine Lebensverhältnisse klar, indem man für das sühnt, was man gemacht hat. Das ist ganz wichtig für die Ansprache dieser Personen.

Die Mehrzahl der Personen kommt also, wie gesagt, aus genau diesen militanten Gruppierungen. Die haben sich natürlich im Laufe der Zeit gewandelt: Anfangs waren das stärker skinheadorientierte Personen, später sind dann autonome Nationalisten verschiedener Strömungen dazugekommen, beispielsweise Mitglieder der heutigen Parteien Der III. Weg, Die Rechte, wo auch verbotene Kameradschaften dabei sind. Diese gesamte Klientel ist da auffällig, inklusive dieser völkischen Strömung. Wir haben auch Personen, die aus dem NPD-Kontext kommen, die oft in den Schnittstellen zur Militanz gearbeitet haben; die zunächst also originär politische Arbeit geleistet haben, auch im Führungskörper der Partei tätig waren, die dann den Schritt raus gemacht haben und jetzt bei uns zum Beispiel im Aktionskreis Ehemalige Extremisten mitarbeiten, also in der Counterarbeit. Ich könnte, wenn es interessiert, einige Namen von Leuten nennen, die im Parteivorstand der NPD tätig waren oder auch im Abgeordnetenbereich als wissenschaftliche Mitarbeiter tätig waren etc. pp. Da sind einige Personen in der Richtung aktiv, aber auch von anderen Parteien; wir haben beispielsweise auch Führungskader aus der Partei Die Rechte bei uns, die in Richtung Exit konvertiert sind. Das heißt, sie gehen natürlich auch mit einem politischen Bewusstsein aus diesen Organisationen heraus, das ist ganz wichtig festzuhalten: Hier geht es auch um einen Gestaltwandel des ideologisch-politischen Daseins. Der ausschlaggebende Punkt ist nicht, dass man Angst vor dem Staatsanwalt hat oder die Mutter zu Hause schimpft; der ausschlaggebende Punkt ist tatsächlich das Nachdenken über den Weg und das Ziel. Das ist ganz wesentlich festzuhalten. Und dabei unterstützen wir die Leute. Wir führen in diesem Zusammenhang natürlich auch Gespräche über die weltanschauliche Seite der Angelegenheit, über die politische Seite, über die Kategorien von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit im historischen Prozess und so weiter; es ist eine ziemlich

komplexe Arbeit, die man auch mit dem Kopf machen muss, sonst kommt man von der Sache nicht so richtig weg.

Wichtig dabei ist, dass wir die Rahmenbedingungen für diesen Schritt herzustellen versuchen. In der Tat ist es so, dass gerade, wenn sie aus den ultramilitanten oder höheren Kreisen von Parteien kommen – auch wenn sie nicht unmittelbar persönlich militant sind – oder auch im ultramilitanten terroristischen Bereich agieren, es ihnen übel genommen wird, wenn sie abhauen. Das ist ganz klar. Es ist ja bei anderen Parteien auch nicht anders: Wenn man da über 20 Jahre aktiv war, dann freuen sich die Parteikollegen auch nicht unbedingt, wenn man dann sagt: Tschüss, ich habe keinen Bock mehr. Dann wird man möglicherweise auch angesprochen, und manche werden vielleicht auch unfreundlich. Bei den extremistischen Strukturen ist es so, dass die dann sehr unfreundlich werden, um es vorsichtig auszudrücken. Da geht es dann handfest zur Sache, bis hin zu Tötungsabsichten, die wir schon gehabt haben.

Das Problem dabei ist, dass wir bei all diesen Gefährdungen oft auf unsere eigene Fantasie angewiesen sind, um herauszufinden, wie eine Person dieser Gefährdungslage entgegen kann. Wir hatten einen Fall, der zeitweilig auch hier in Berlin spielte, bei dem wir dann Todesopfer zu beklagen hatten, weil der staatliche Schutz nicht funktioniert hat – der, das sage ich jetzt verantwortungsvoll in dieser Runde, regelmäßig nicht funktioniert, bundesweit. Wir haben in der Frage des Schutzes dieser Personen kaum gute Partner in den Behörden, das sage ich ganz deutlich und wahrnehmlich hier in diesem Kreise. Wenn ich nicht beim Staatsschutz leitend tätig gewesen wäre und die ganze Technologie des Schutzes in meinem Berufsbild drauf hätte, wäre das bitterböse ausgegangen; ebenso, würde sich eine ahnungslose Ausstiagsorganisation zivilgesellschaftlicher Art mit dieser Problematik befassen, das ist ganz eindeutig. Von daher wäre es mein Appell, sich dieser Sicherheitsfrage noch einmal anzunehmen, auch seitens der Parteien. Wir haben, wie gesagt, einen Fall hier in Berlin durchlebt, der auch in anderen Bundesländern spielte – eine Odyssee durch die Bundesländer darstellte –, der bis zum Bundesverfassungsgericht und zum Bundesgerichtshof ging. Es ging um einen Kindeswohl- und Umgangsrechtsfall, der 2013 mit einem Beschluss des BGH und des Bundesverfassungsgerichts – beide Höfe haben sich damit beschäftigt – endete, mit dem durch die Beweiserhebung eingeräumt und fixiert wurde, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine strukturelle Gefahr aus rechtsextremen Kreisen heraus gibt. Man ortete eine strukturelle Gefährdungslandschaft, die unabhängig von akuter und unmittelbar drohender Gefahr Leben und Gesundheit von Zielpersonen gefährdet. Die Abstraktheit ist die konkrete Gefahr, das ist die Erkenntnis aus diesem gerichtlichen Urteil, und das hat sich bewahrheitet. Das heißt, die Ad-hoc-Gewalt kann aus jedem Gebüsch, aus jedem Dickicht ausbrechen, zumal wir bei dieser Schutzarbeit festgestellt haben, dass rechtsextreme Kreise durchaus in der Lage sind, in der Qualität von polizeilichen Zielfahndungskommandos zu arbeiten. Das muss man auch ganz klar sagen. Wir haben es hier nicht mit irgendwelchen Armseligen zu tun, die nicht wissen, was sie tun, sondern wir haben es mit Kreisen zu tun, die Geld aufbringen können, die auch polizeitaktisch versiert und die in der Lage sind, Leute zu finden; sie haben auch einige von uns schon gefunden und angegriffen. Es hat dann nicht unmittelbar der Tod gedroht, als sie die Person aufgefunden haben, sondern es hat mit schweren Körperverletzungen geendet. Das muss man in Rechnung stellen, hier ist also viel zu tun.

Das berührt auch das Thema Willkommenskultur: Wir können umziehen lassen, soviel wir wollen, wenn wir es nicht schaffen, einen Schutzschirm über dem Prozess des Umziehens und der Integration am neuen Wohnort zu schaffen. Da ist das Datenschutzrecht ein Problem.

Das ist fahrlässiges Nichthandeln von Ämtern. Das fängt bei Jobcentern an und geht bis zu Sozialämtern, Schulämtern, Jugendämtern. Also wenn das ganze System dysfunktional ist, nicht funktioniert – was oft nicht funktioniert, das kann ich hier auch verantwortungsvoll diagnostisch sagen –, dann gibt es ein Problem. Das heißt, wenn man die Problemlage in den Ämtern nicht checkt, nicht erkennt und auch Rat und Hilfe in diese Richtung resistent ablehnt, dann gibt es Probleme, auch in Berlin. Das ist die Lage an der Stelle. Wir müssen uns oft gegen den Unwillen der Ämter eine Willkommenskultur und Integration von Personen, die aussteigen, regelrecht auch juristisch erstreiten. Das fängt schon an mit Auskunftssperren bei Meldeämtern usw. usf. Das ist ein abendfüllendes Programm. Ich könnte Ihnen einen abendfüllenden Vortrag hier darbieten, das will ich jetzt aber nicht machen, sondern nur den Splitter darstellen.

Was die Rückfallquote betrifft, geht es genau um diese Fragen, die ich gerade angesprochen habe: der mangelnde Schutz, die Integrationsproblematik, die Aversion der Gesellschaft, auch von politischen Kreisen unterschiedlicher Art. „Wir wollen mit Nazis nichts zu tun haben. Niemals sprechen wir mit einem Nazi. Einmal Nazi, immer Nazi.“ – Das sind Kategorien, die der ganzen Sache widersprechen. Die gute, hehre Absicht, Menschen zu überzeugen, keine politisch oder ideologisch motivierten und intendierten Gewaltstraftaten zu begehen, dann umgekehrt mit Unwilligkeit und Aversion zu quittieren, ist natürlich kontraproduktiv. Insofern sind die Betroffenen, die diesen Umschwung gemacht haben, durchaus auch gefährdet, eine Neukonversion oder eine Reradikalisierung zu durchlaufen. Das ist ein Problem. Es gibt für diese Personen, die dann in eine neue Labilisierung geraten, natürlich auch die Möglichkeit, eine alternative Angebotsstruktur wahrzunehmen. Sie gucken dann ja wieder neu, sie sagen: Die helfen mir auch nicht so richtig, klappt da nicht so richtig mit ihrer Demokratie. Irgendwo muss es was Höheres geben, einen dritten Weg oder was weiß ich. – Das ist ein Punkt, der beachtet werden muss.

Wir haben, wie gesagt, das Übergehen aus einer nicht radikalen Lage – man war Extremist, man war kein Extremist, radikalisierte sich erneut in eine andere Richtung oder ging wieder zurück. Der Islamismus ist ein Angebot für einige. Man erliegt dem Dawa der anderen, und es gibt auch Lockangebote aus der extremistischen rechtsextremen Szene: Kommt doch wieder zurück! –, obwohl dort intern ein Streit besteht: Nehmen wir die wieder zurück, oder nehmen wir die nicht zurück? Es gibt da zwei Lager, die sich intern auch bekämpfen, bezüglich des Verhaltens gegenüber ehemaligen Verrätern oder denen, die man als Abtrünnige ansieht. Es gibt natürlich auch andere, neue Angebote aus dem Bereich, den wir kennen, um den Täter Breivik. Dort gibt es neue Ideologieformate, die gekoppelt sind mit verschiedenen Weltdeutungstheorien und auch neuen historischen Seins-, Daseinstheorien, ontologischen Theorien. Wir haben auch entsprechende Täter hier in Deutschland, ich denke nur an München, wo der Täter von der Schusswaffe Gebrauch gemacht hat, also eine ähnliche Ideologieerzählung wie bei Breivik, und wir haben ähnliche neue Entwicklungen, die international auffällig sind, ich denke jetzt an Neuseeland usw. Ich will das nicht vertiefen. Da ist einiges im Gange, auch an Ideologieverschiebung.

Eine andere Richtung ist auch gefährlich, Lockangebote aus dem Bereich OK. Das heißt, es gibt rechtsextreme Strukturen, die eng mit OK-Strukturen verbunden sind. Wir haben solche Effekte in verschiedenen Bundesländern beobachten können. Ich habe Ausstiege realisiert von Personen, die in einem territorialen und territorial übergreifenden System, nicht nach Verwaltungskategorien geordnet, also bundesländerübergreifend agiert haben und agieren, wo die

'Ndrangheta genauso mitspielt wie die NPD mit einzelnen Personen, nicht als Struktur, und auch Fußballrandalegruppen, Ultras, Sicherheitsfirmen, die in Altersheimen Drogen klauen und verkaufen usw. usf. Also es gibt größere Komplexe, über die man noch mal ernsthafter reflektieren sollte. Die sind eine erhebliche Gefahr für die innere Sicherheit, weil sich da Extremismus und organisierte Kriminalität vergesellschaften, verhochzeiten und zu neuen negativen Effekten der Aushöhlung der Staatlichkeit führen. Also das habe ich ganz klar vor Augen über die Ausstiegsfälle, die wir realisiert haben. Wir haben nur punktweise Ausschnitte daraus, wir können das nicht flächendeckend analysieren, weil wir kein Verfassungsschutz und keine Kriminalpolizei sind. Wir können das nur puzzleartig zusammensetzen aus den einzelnen Splintern der verschiedenen Aussteiger, die sich alle auch irgendwo kennen. Bei aller Größe der Bundesrepublik ist die Landschaft doch überschaubar, und man kann sich dort also auch zumindest starke Lagebilder schaffen, deren hypothetischer Charakter relativ ist.

Wirkung von Repressionen und Einsitzen im Gefängnis war noch eine Frage: Gefängnis ist, so unschön es ist, durchaus ein Instrument, das zum Nachdenken führt. Selbst hartleibigste Extremisten finden das Gefängnis nicht toll und denken über ihr Leben nach. Das muss man ganz klar sagen. Deswegen nützt auch eine starke Strafverfolgung, das heißt vor allen Dingen eine schnelle, konzentrierte Strafverfolgung mit stark und gut bewaffneter und zweckmäßig in der Zeit liegender, optimierter Polizei, Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft, damit die Verfahren schnell und beweisüberzeugend realisiert werden. Das kommt bei den Leuten an. Wir haben im Auftrag der Bundesjustizministerin vor einiger Zeit eine Aufarbeitung im Bereich Auflagen und Weisungen für jugendliche Rechtsextremisten im Strafverfahren gemacht. Wir haben also etliche ehemalige Betroffene in Diskussionsrunden zusammengeführt und haben synoptisch aufbereitet, was die im Rahmen ihrer Strafverfahren alles erlebt haben. Dabei kommt genau dieser Gedanke raus, den ich gerade geäußert habe: schnelle, konzentrierte Strafverfolgung, beweisüberzeugend und natürlich adäquate Sanktionen, personenbezogen und auch kontextbezogen. Es ist wichtig, dass man von der deutlichen Überindividualisierung der Strafverfahren auch noch mal in den extremistischen Kontext hineindenkt, also auch die generalpräventive Wirkung noch mal mitbedenkt. Das ist durchaus ein wichtiger Punkt. – Herr Wichmann kann ja ergänzen, einige Punkte habe ich jetzt nicht berührt.

Familienunterstützung: Familien sind natürlich immer mitzudenken. Wir haben, um die Leute anzusprechen und präsent zu sein, oftmals parallel zu den sonstigen Kampagnen, die wir machen, Öffentlichkeitsarbeit überhaupt gemacht. Es ist ja das Konzept, öffentlich präsent zu sein mit diesem Angebot. Das wurde in den Neunzigerjahren immer belächelt nach dem Motto: Was macht ihr hier für eine Welle, ihr mediengeilen Typen? – Das ist Teil des Konzepts, vorsätzlich, um das Angebot bekannt zu machen, auch in der Szene, damit einer, wenn er ins Zweifeln kommt, irgendwohin gehen kann und die Leute schon mal gesehen hat im Fernsehen, in der Presse usw. und die Leute auch auf Veranstaltungen erleben kann. Wir haben etliche Leute, die sich bei Veranstaltungen, die wir gemacht haben, ins Publikum gemischt und versucht haben, aus der NS-Position heraus mitzudiskutieren – was andere natürlich schlecht gefunden haben, ist auch klar. Aber wir haben die Veranstaltungen nicht geschlossen und die auch für diese Leute offen gehalten. Somit war die Öffentlichkeitsarbeit ein Teil des Ganzen, das Angebot zu machen. Wir haben oftmals Eltern, die darunter leiden, dass ihre Kinder – das ist ähnlich wie im Islamismus – in diese Szene hineingehen, dass plötzlich der Staatsanwalt und der Staatsschutz vor der Tür stehen, Hausdurchsuchungen veranstalten und sie möglicherweise erst zu dem Zeitpunkt merken, dass ihre Kinder in dieser Szene stecken. Die versuchen auch, mitzuhelfen und mitzuarbeiten. Wir versuchen, Familien zu beraten, deradikalisierend

auf ihre Sprösslinge einzuwirken, egal, welchen Alters die sind. Das ist ein wesentlicher Teil der Arbeit, die wir machen. Wir dringen nicht aufsuchend strategisch in jeden Sozialraum vor. Man kann das machen, es ist eine Möglichkeit, diese Methodik zu entwickeln und auszuüben. Das können wir personell nicht leisten, weil wir nur ein paar Männer und ein paar Frauen sind. Es ist aber möglich, wir haben es in einigen Kommunen auch schon gemacht erprobungshalber. Wir haben u. a. in den neuen Bundesländern einige Kommunalstudien angefertigt, über diese eine Methodik des Community Coachings entwickelt und haben das ausprobiert. Also es geht, und einige Organisationen wie VPN zum Beispiel und andere machen das. Es ist ein Weg, eine community- und territorialbezogene Ansprache zu machen und das vorzuschalten und daraus auch Kehrtwenden zu generieren. Das ist also auch durchaus möglich. – So weit.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Dr. Wagner! – Wer von Ihnen fährt fort? – Herr Wichmann, bitte!

**Fabian Wichmann** (Exit Deutschland): Zu den Fragen und vielleicht noch ein paar Ergänzungen, wenn mir noch welche einfallen! Umzüge: Die Situation in Berlin ist so, dass wir einige haben, die aus dem Umland oder aus anderen Bundesländern nach Berlin ziehen – erst mal so generell –, wir haben aber auch Weggänge von hier. In der Regel ist es einfacher, wenn man in Berlin verortet war, auch in Berlin zu bleiben und sich ein anderes soziales Umfeld innerhalb der Stadt zu suchen, bestimmte Orte zu meiden, bestimmte Stadtteile zu meiden, in denen man aktiv war oder wo man eine besonders hohe Dichte von Personen vermutet, die man kennt. Das kann man in Berlin noch relativ gut sortieren. Woanders ist das nicht so. Aber bei Neu-Zuzüglern stellt sich bei uns auch immer die Frage des Wohnortwechsels innerhalb Berlins, also welcher Ort, welches soziale Umfeld in Abhängigkeit der Herkunft der Person oder der Funktionalität oder Funktion der Person in der ehemaligen Gruppe. Eine Zu- oder Abnahme kann man jetzt da nicht wirklich konstatieren. Das ist eher fallabhängig. Warum Berlin? – Weil vielleicht Bezüge aus älterer Vergangenheit bestanden und dann wieder ein Rückzug nach Berlin erfolgt oder er irgendwo Personen kennt oder sich eine gewisse Sicherheit verspricht. Das ist sehr unterschiedlich.

Zu den Fallzahlen, gleich angebunden, weil es eine ähnliche Situation ist: Die Frage kam auch damals schon, nach dem NSU, inwiefern solche Ereignisse die Szene in den Grundfesten erschüttern würden. Im Einzelfall tun sie dies, es gibt einzelne Personen, die dann die Konsequenz ihres Handelns sehr praktisch, plastisch sehen und damit eine Veränderung für sich erzwingen. Das kann man aber nicht generalisieren, weil die Frage von Gewalt gegenüber dem politischen Gegner ja schon ein Bestandteil der politischen Kultur innerhalb dieser Szene ist, also die Lösung von politischen Konflikten mit Gewalt ja durchaus ein konzeptioneller Bestandteil ist. Also ist man jetzt nicht so überrascht und auch nicht so schockiert über entsprechende Entwicklungen. Teilweise wird man es begrüßen, wenngleich man aber auch da deutlich sagen muss: Insbesondere im Bereich NSU heißt das nicht, dass damit jeder innerhalb der Szene über solche Entwicklungen in Kenntnis ist. Wir haben auch Aussteiger, die sehr nah an Personen aus diesem Zusammenhang dran waren, aber keinerlei Erkenntnis über den NSU als Gruppe hatten und Jahre später, nach ihrem Ausstieg, relativ schockiert über diese Situation waren. Solche Ereignisse können im Einzelfall eine Art von Katharsis, von Veränderung erzeugen, aber sie werden nicht generell eine Struktur wie die rechtsextreme Szene in Deutschland zum Verändern, zum Nachdenken und zum kollektiven Wandel bringen.

Zu dem SAdEra , also diesem Risk Assessment: Das ist der Versuch gewesen, zusammen mit Praktikern und anderen Fachpersonen, die sich mit dem Thema länger beschäftigt haben, und aufgrund von Erfahrungen aus der Praxis heraus ein eigenes Tool zu entwickeln, weil wir die Wahrnehmung und auch die praktische Erfahrung haben, dass die von Sicherheitsbehörden verwandten Tools für uns nicht praktikabel sind, weil sie in der Regel darauf abzielen, eine Person entsprechend ihrer Radikalisierung zu bewerten. Wie wahrscheinlich ist der Rückfall? Wie gefährlich ist die Person? – wie auch immer. Aber es gibt danach keine weitere Information der Handhabung. Also man hat einen Sachstand, die Person ist gefährlich oder mehr oder minder gefährlich oder wie auch immer, aber man hat in der Regel nicht die Möglichkeit, daraus konkrete Handlungskonzepte im Bereich der Fallbegleitung zu konstruieren. Das war der Versuch von uns, zum einen diesen Aspekt bei unserem Instrument zu berücksichtigen und zum anderen Aspekte einzubeziehen. Da in diesen Instrumenten eher an Devianz oder Negativbetrachtung orientierte Kriterien stärker forciert sind, wollten wir positive Aspekte, also bestärkende bzw. stabilisierende Faktoren hervorheben und die dann ins Verhältnis zu entsprechenden negativen Faktoren setzen, um damit Handlungsmöglichkeiten und Potenziale für die Personen zu erschließen. Das Instrument ist jetzt in der Erprobungsphase. Wir gucken da intern, wir versuchen, auch noch andere miteinzubeziehen und Möglichkeiten zu erschließen. Es ist nicht praktikabel – kann man schon mal machen – und wahrscheinlich nicht so interessant für den Sicherheitsbereich, weil der Schwerpunkt für diese Instrumente bei uns auf der Intervention am Fall liegt.

Noch mal zum Vollzug und zum Übergangsmanagement: Man kann es nicht pauschal sagen. Fälle, die eine relativ geringe Haftzeit haben und sich damit auch nicht entsprechende Eigenschaften in der Haftzeit angeeignet haben und wo auch der Verlust der Freiheit nicht so einschlägig ist, haben weniger Probleme, und da sind auch Maßnahmen des Übergangsmanagements relativ praktisch und funktionieren weitestgehend. Schwieriger wird es bei Personen, die längere Haftzeiten zu verbüßen hatten bis hin zu lebenslänglichen Haftstrafen, wo eigentlich sämtliche Maßnahmen insofern nicht mehr funktionieren, weil mit den Problemen dieser biografischen Lücke von 10 bis 20 Jahren nicht mehr so einfach zu hantieren ist. Da bedarf es doch einer intensiven Begleitung und auch dem sehr persönlichen Ausschöpfen von Kontakten und Möglichkeiten, um da wieder eine vernünftige Integration der Person zu bewerkstelligen, weil sonst immer wieder Fragen aufkommen, und man kann natürlich auch so eine Biografie nicht jedem völlig frei öffnen. Also muss man auch da gucken, welchen Fragen des Geheimschutzes und des Persönlichkeitsschutzes man unterliegt und wie man solche Fälle konkret behandeln kann.

Störende Einflüsse von außen im Bereich der JVA hat man immer. Man kann darauf relativ wenig Einfluss nehmen, man kann nur versuchen, die Person an sich auch in Haft noch zu stabilisieren. Aber das kann man eigentlich nie wirklich ausschließen. Das ist eine sehr dichte Arbeit an der Person letztendlich, aber selbst die Person hat eine Entscheidungsfreiheit, und auch die Einbindung der Person in unterschiedliche Kontexte im Sinne von Zwängen, die sie familiär, privat oder wie auch immer auch in der Einrichtung entwickelt, kann man nicht überschauen und kann die Kontexte nicht alle kontrollieren. Man kann versuchen, sie ein Stück weit zu überschauen in der dichten Absprache mit den jeweiligen Zuständigen in den JVAs auf den Stationen oder wie auch immer, über Vollzugsplankonferenzen und Gespräche am Fall, aber man wird sie nicht gänzlich ausschließen können, und man wird auch da die

Bindungskraft nicht per se verdrängen können, ohne die Motivation der Person in den Vordergrund zu stellen. – Das waren die Punkte, die ich jetzt noch bei mir fand.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Wichmann! – Herr Mücke, bitte!

**Thomas Mücke (VPN):** Jetzt muss ich mal sehen, was übriggeblieben ist. – Auch wir haben ein Risikomanagementtool im Bereich der Extremismusabwehr entwickelt. Die Sicherheitsbehörden müssen eine Risikobewertung der aktuellen Situation machen und beurteilen, ob von der Person in irgendeiner Art und Weise eine Gefahr für die Gesellschaft ausgeht. Wir müssen uns die Fremd- und Selbstgefährdung anschauen – und zwar nicht nur für einen Moment, sondern im gesamten Prozess, in dem wir mit der Person arbeiten – und schauen, ob die Veränderungen wirklich dazu führen, dass kein Risiko für die Person mehr da ist. Da arbeiten wir mit anderen Instrumenten. Wir haben sie gemeinsam mit Fachhochschulen entwickelt und setzen die ein und können mittlerweile dadurch auch die einzelnen Distanzierungsprozesse messen, die passieren, und dann auch für uns irgendwann, nach ein paar Jahren, sagen, jetzt ist der Fall wirklich so, dass wir auch eine Reradikalisierung ausschließen können. Wir müssen immer sehen: Eine Person kann sich von der Ideologie, von der Szene distanzieren, aber wenn man sich nicht anschaut, was die Faktoren waren, durch die sie reingekommen ist, dann fängt sie in irgendeiner Lebenskrise wieder an, sich, egal unter welchem Etikett, in irgendeine Realitätsflucht in Form von Extremismus hineinzubegeben, die sich dann aufzeigt. Das ist dann alles nicht stabil. Deswegen haben wir unsere eigenen Tools dafür entwickelt, und wenn es da Interesse gibt, kann man gern bei uns noch mal nachfragen. Die Kolleg/inn/en sind auch qualifiziert worden, diese doch sehr umfangreichen und komplexen Tools anwenden zu können.

Zu der Frage von Sicherheit für Mitarbeiter und für die Klientel, die aussteigt: Jeder, der im Bereich der tertiären Extremismusprävention arbeitet, bewegt sich nicht in einer Komfortzone. Das war schon immer so, das ist so, das wird auch in Zukunft so sein. Dementsprechend sind die Mitarbeiter/innen darauf eingestellt, und die entsprechenden Träger haben auch ihr eigenes Sicherheitskonzept. Sie müssen dies haben, denn sie sind der Arbeitgeber, und jemand anderes ist dafür zuständig. Wie aber jetzt die Entwicklung oder die aktuelle Gefährdungssituation oder die einzelnen Maßnahmen aussehen, ist aus unserer Sicht nicht Gegenstand öffentlicher Betrachtung, sonst würden unsere eigenen Sicherheitsmaßnahmen nicht funktionieren. Deswegen sage ich dazu nicht mehr als das, was ausgeführt worden ist.

Zu der Frage nach der Drop-out-Quote, wenn man aufsuchende Ansätze hat: Das ist interessant. Wir messen die ja schon seit 2002. Die beträgt ungefähr 2 Prozent, das heißt, das sind diejenigen, die wir nicht ansprechen können, wo wir es versucht haben, bzw. die den Kontakt abbrechen. Sie sehen ja, 2 Prozent ist nicht viel, aber auch bei den 2 Prozent warten wir ab, denn es kann sein, dass einer von denen irgendwann mal auf uns zukommt. Der hat evtl. einen terroristischen Anschlag geplant – jetzt habe ich mal einen anderen Phänomenbereich –, einen Mordanschlag, und wollte jahrelang nicht mit uns arbeiten. Ein paar Jahre später ist er offen gewesen. Also wir sind da sehr geduldig, und Geduld müssen wir auch haben, weil natürlich – auch das muss man wissen – die Szene am Anfang erst mal nicht besonders erfreut ist, uns zu sehen. Aber wir kommen ja aus dem sozialarbeiterischen Kontext, wir wissen mit Widerständen umzugehen, wir wissen Arbeitsbeziehungen aufzubauen, und wir wissen auch, dass man da mit Geduld etwas erreichen kann. Wir irritieren mit unserer Kontaktaufnahme die Szene auch immer wieder und machen sie auch neugierig. Was sind das eigentlich für Leute, die da

mit mir reden wollen? Deswegen sage ich ja, das ist ein Ansatz, der ganz besonders bei jungen Menschen eine Menge von Möglichkeiten hat, etwas zu bewegen.

Sie können nicht überall etwas bewegen. Wir sind angewiesen auf Hinweise. Wenn wir die Hinweise nicht bekommen, weil zum Beispiel eine Schule ein Problem hat, Extremismusprobleme mal etwas deutlicher zu benennen, die hier und da auftreten können, dann können wir auch nicht arbeiten. Wenn Eltern selber ein bisschen dem Milieu, zumindest im Denken, verbunden sind, dann sehen die bestimmte Probleme und Konfliktlagen, in denen sich ihr Jugendlicher gerade befindet, evtl. auch nicht. Aber die Strategie der tausend Nadelstiche bedeutet nicht zu sagen, wir können diese Szene insgesamt in irgendeiner Art und Weise ansprechen, sondern wir müssen versuchen, so viele wie möglich – da, wo es möglich ist – rauszuziehen. Diese Arbeit ist auch sehr viel soziale Arbeit, Bildungsarbeit, Antigewaltarbeit, wir müssen soziale Integrationsmaßnahmen durchführen. Wir sagen diesen Leuten, mit denen wir arbeiten, eben nicht nach einem Jahr: So, das war's! –, sondern sind längere Zeit an denen dran. Ich finde es sehr interessant, dass man in letzter Zeit den Erfolg von Nichtregierungsorganisationen daran misst, wie viele abgeschlossene Fälle sie haben. Ich habe vor anderthalb Jahren meine Kollegen angewiesen, die Fälle nicht mehr schnell abzuschließen. Wir bleiben dran an den Fällen, denn wir müssen auf den Phänomenbereich der Reradikalisierung aufpassen. Daher kann man daran nicht den Erfolg messen. Wir sind da lieber zurückhaltend, denn wenn Sie einen Fall abschließen, dann müssen Sie auch alle Daten löschen und Ähnliches. Das alles ist etwas, was für uns evtl. nicht hilfreich sein könnte.

Zu der Frage nach Modellen aus früherer Zeit: Herr Lenz! Das war früher natürlich schön. Wenn ich mit rechtsextremen Szenen gearbeitet hatte – was weiß ich, damals noch im Bezirk Reinickendorf – und die trafen sich alltäglich auf der Straße und haben ihre Nazi-Sprüche gebrüllt und sind gegen andere gewalttätig vorgegangen, dann waren die sichtbar. Dann wussten wir, wir können da ranfahren und in irgendeiner Art und Weise über Streetwork an diese Szene herantreten. Dies ist ja nicht mehr das Erscheinungsbild, dass wir sie irgendwo zusammen auf der Straße finden, wo sie sich alltäglich treffen. Das heißt, hier sind jetzt andere Herangehensweisen gefordert, und deswegen sage ich noch mal: Das Wichtigste für uns sind die Hinweise. Solange man sich in der Gesellschaft immer nur auf einen Extremismusphänomenbereich konzentriert, gehen in der öffentlichen Wahrnehmung die Gefahren durch andere Phänomenbereiche verloren. Wir hatten Gott sei Dank in diesem Jahr einen Paradigmenwechsel. Wenn ich daran denke, dass sich auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu diesem Thema deutlich anders äußert, als es der frühere Präsident getan hatte, und damit natürlich auch in der öffentlichen Diskussion, im Diskurs deutlich macht: Wir müssen auf dieses Thema schauen! –, dann wird es auch anders in der Öffentlichkeit diskutiert, und wenn es anders in der Öffentlichkeit diskutiert wird, dann sind alle in der Gesellschaft vielleicht auch etwas problemsensibler, und wenn eine höhere Problemsensibilität da ist – das ist unsere Erfahrung –, dann klingeln bei uns auch die Telefone deutlich öfter, als wenn das nicht der Fall ist. Das ist die Forderung, die ich habe: das Thema sehr ernst zu nehmen. Wir haben das übrigens seit 2015 gesagt. Im Themenbereich Islamismus haben wir alle gewarnt: Bitte betrachten Sie immer beide Phänomenbereiche – die übrigens miteinander auch interagieren auf verschiedene Art und Weise –, denn es wird ein großes Problem werden, wenn wir ein sehr problematisches Feld nicht fokussieren. – Ich hoffe, in diesem Jahr sind die ersten Schritte dazu gemacht worden.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Mücke! – SenJust hat den Schluss.

**Christian Richard** (SenJust): Vielen Dank! – Christian Richard ist mein Name. Ich bin Leiter des Referats in der Senatsverwaltung, das u. a. zuständig ist für den Umgang mit extremistischen Gefangenen. – Herr Schlüsselburg! Wenn ich Ihre Frage noch richtig im Kopf habe, hatten Sie sich auf die Gruppeneinteilung bezogen, Gruppe-1- und Gruppe-2-Gefangene, und gefragt, inwieweit da auch rechtsextreme Gefangene dabei sind. Diese Gruppeneinteilung ist Teil eines Konzepts, das sich ausschließlich mit radikalen islamistischen Gefangenen befasst. Gruppe-1-Gefangene sind meist Angehörige einer terroristischen Organisation im Ausland, die wegen einschlägiger Straftaten verurteilt sind, und Gruppe-2-Gefangene sind Menschen, die schon ziemlich deutlich ihre Sympathie dafür zum Ausdruck gebracht haben. Insofern kann ich Ihnen da jetzt keine vergleichbaren Dinge nennen.

Fakt ist jedenfalls, dass Teil dieses Konzepts, das wir dafür, eben auch als Reaktion auf den zunehmenden Islamismus, wie alle anderen Bundesländer auch abgefasst haben, die behandlerische Arbeit von VPN und diesem Trägerverbund JUST X ist. Die Arbeit dieses Verbundes bezieht sich aber durchaus auch auf andere Formen des Extremismus. Teil davon – Herr Schreiber hatte vorhin ein bisschen darauf abgezielt – ist auch, dass wir bestimmte Bedienstete aus allen Gruppen des Justizvollzugs als sogenannte Multiplikatoren von VPN ausbilden lassen, die dann in den Anstalten Ansprechpartner sind – das sind keine Strukturbeobachter, wie es sie in anderen Bundesländern gibt – und mit besonderem Auge für extremistische Erscheinungsformen durch die Anstalten gehen und wiederum Ansprechpartner für andere Bedienstete sind.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Richard! – Herr Kollege Krestel, bitte!

**Holger Krestel** (FDP): Ich musste den Ausschuss für zwei, drei Minuten verlassen. Nun weiß ich nicht: War die Frage nach den besonderen Erscheinungsformen wie z. B. diese Siedler und bestimmte andere, hier schon beantwortet worden? – [Zuruf] – War mit dabei? Ich habe es vermisst, als ich hier drin war. – [Zuruf] – Wurde beantwortet? Okay! Danke!

Dann würde mich aber noch interessieren: Sie sagten zu Anfang, dass Sie auch Ausstiegsmöglichkeiten und -programme für andere Extremismusformen anbieten. Wie laufen die ab, und wie viele Fälle hat es da schon gegeben? Wie ist da die Erfolgsquote?

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Herr Kollege! – Wir haben ja das Wortprotokoll, Sie könnten dann diese Passagen ohne Weiteres nachvollziehen. – Herr Kollege Wansner, bitte!

**Kurt Wansner** (CDU): Eine ganz kurze Nachfrage, Herr Dr. Wagner, Herr Wichmann und Herr Mücke! Ich gebe es zu, diese Vorträge, die Sie eben gebracht haben, lassen einen schon massiv nachdenken über all diese Dinge. Ich bin Ihnen dankbar für diese Informationen, die wir heute von Ihnen bekommen haben. Ich habe nur noch eine Frage. Die ethnische Zusammensetzung in den Gefängnissen in Berlin insgesamt hat sich ja in den letzten Jahren massiv verändert, allein wenn ich sehe, dass wir in der JVA zwischenzeitlich nur noch 30 Prozent deutsche Staatsbürger haben, der Rest sind Menschen mit Migrationshintergrund. Verändert das Ihre Arbeit, erschwert es vielleicht auch Ihre Arbeit?

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Herr Kollege! – Wer der Herren möchte Stellung nehmen? – Erst Herr Dr. Wagner, dann Herr Mücke? – Machen wir es so! – Bitte, Herr Dr. Wagner!

**Dr. Bernd Wagner (Exit Deutschland):** Es gab die Frage nach der Ausstiegshilfe in anderen Phänomenbereichen. Wir haben, wie gesagt, Ausstiegshilfe im Phänomenbereich Linksextremismus. Nun könnte man darüber streiten: Was ist eigentlich Linksextremismus? – Ich habe einen Fall umgesetzt, PKK, also eine Dame, die aus der PKK ausgestiegen ist, einer Partei, die in Deutschland verboten ist. Wie man zeithistorisch weiß, ist der Ausstieg aus der PKK kein stalinistischer Teppich, der in die freundliche Zukunft führt, sondern er führt sozusagen ins Grab. Wir gehen in solchen Fällen mit der gleichen Methodik vor wie bei Rechtsextremisten. Die ganze prozedurale Abwicklung ist methodisch ähnlich gestrickt. Man muss auf Sicherheit achten, man muss auf die innere Verarbeitung des Prozesses achten, man muss gucken: Wie reagiert das Milieu, der Kontext usw.? Das ist sehr kompliziert. Wenn dann noch Migrationshintergrund besteht, wird die Sache noch etwas komplizierter. Wir hatten auch schon Menschen aus dem ultranationalistischen Bereich Rechtsextremismus von Migrantengemeinschaften. Wir haben auch solche Leute, die bei der griechischen „Goldenen Morgendämmerung“ aktiv waren usw. Also da gibt es auch Rechtsextremismus, wie jeder weiß. Ultranationalisten sind international am Start, auch in Deutschland, auf deutschem Boden. Auch das haben wir schon erlebt, also Querbeziehungen in der Richtung.

Wir haben auch Ausstiege – bisher sind es immer nur punktuelle Sachen, also ein, zwei, drei, vier Fälle von jeder Sorte – aus rechtsextrem aufgeladenen satanistischen Zusammenhängen. Das gibt es auch. Sie kennen sicherlich den Mordfall Sandro Beyer aus den Neunzigerjahren, wo die Band „Absurd“ damals in Thüringen einen Mord begangen hat. Aus diesem Spektrum haben wir auch Ausstiege. Das muss man auch festhalten. Das ist auch ein Phänomenbereich, der uns durchaus tangiert. Und wir haben, wie gesagt, auch aus Rockergruppen Leute mit rechten Vorbiografien, vor ihrem Dasein in diesen Gruppen, also Hell’s Angels zum Beispiel, MC Gremium hatten wir in der Vergangenheit auch schon, also solche Leute, teilweise auch mit OK-Drogenhandel verbunden, die selber in diesem Kontext der kriminellen Tätigkeit in diesen Bereich eingebunden waren. – So weit zu dieser Frage.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Dr. Wagner! – Herr Mücke, bitte!

**Thomas Mücke (VPN):** Ich gebe Ihnen jetzt keine wissenschaftliche Antwort auf die Frage, denn das wäre abendfüllend. Wenn Sie nach Erfolgskriterien fragen und wie man den Erfolg misst und wie man zu dem Erfolg kommt – das ist ein sehr breites Thema. Vor allem ist auch die Frage: Wie definieren Sie Erfolg? – Für mich selber ist es ein Erfolg, wenn die Person nicht nur aus dem Extremismus entwichen ist, sondern auch für sich ein integriertes, zufriedenes Leben führen kann. Wir haben 120 Mitarbeiter/innen bei uns in der Organisation, die haben immer einen Jahresvertrag, und unter solch schlechten Bedingungen können Sie Kolleg/inn/en nur motivieren, wenn die selber auch den Erfolg ihrer Arbeit spüren. Sonst macht keiner diese Arbeit in dem Falle. Ich mache das mal an einem Beispiel fest: Wenn wir zum Beispiel mit 38 Syrien-Rückkehrer/innen seit einigen Jahren sehr intensiv arbeiten und bis jetzt noch nicht einen einzigen Misserfolg gehabt haben, dann heißt das, das waren Leute, die in Ausbildungslagern waren und jetzt ein ganz normales Leben führen. Das sind Punkte, wo Sie ganz genau Erfolge sehen und spürbar machen können. Aber natürlich gibt es auch die Evaluationen, die Sie sich anschauen: Wie sind die Wiederinhaftierungsquoten, wie sind die

Rückfallquoten? –, und da kann man schon feststellen, da ist wirklich eine Menge bewegt worden. Ich hatte 1989 mit rechtsextremer Jugendszene auf der Straße zu tun und habe auch heute noch Kontakt zu den Leuten, mit denen ich früher gearbeitet habe, und ich muss feststellen: Sie haben ganze normale Berufe, Blumen verkaufen, selbstständiger Unternehmer, Paketzustellung, bei der Staatsanwaltschaft arbeiten – das kam auch schon vor. Dann weiß ich, da ist einiges gelungen, und das ist der Erfolg.

Zu der anderen Frage: Spielen junge Insassen, die eine Migrationsgeschichte haben, eine Rolle für die Deradikalisierungsarbeit? – Ja, das ist so. Ich nenne Ihnen auch den Grund dafür. Als ich früher in Brandenburg in den Vollzugsanstalten gearbeitet habe, da hatten wir keine Menschen mit Migrationsgeschichte, da hatten wir sehr schnell rechtsextreme Netzwerke in diesen Anstalten. Also die haben sich schnell zusammengefunden, die haben den Mainstream in der Knastkultur bestimmt, und es war ganz schwierig, hier die Rechtsextremismusbekämpfungsprogramme umzusetzen. Da lief sogar die Freistunde im Stechschritt ab. Wenn es jetzt aber in den anderen Vollzugsanstalten etwas bunter gemischt ist, dann sind die nicht mehr so aktiv, auch in der Rekrutierung anderer Insassen und Insassinnen. Also in der Hinsicht ist das ein Vorteil, unterstützt sogar die Deradikalisierungsarbeit. Der Nachteil ist, dass der Rechtsextremist nicht mehr so einfach zu erkennen ist. Der war früher im Vollzug deutlicher, sehr leicht zu erkennen. Jeder weiß heute, rechtsextremistisches Gedankengut ist ja keine Straftat, deswegen sitzt keiner ein. Also muss es einen Kontext mit anderen Straftaten geben, die müssen aber nicht unbedingt im konkreten Zusammenhang mit seiner Ideologie stehen. Das heißt, das ist relativ schwierig. Die äußern sich nicht auffällig rechtsextremistisch im Vollzug, und das macht es uns manchmal auch nicht so leicht, mit dem Vollzugsdienst und Fachdienst diese Zielgruppe auch wirklich zu erkennen. Aber zumindest können dadurch die Netzwerke verhindert werden.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Herr Mücke! – Herr Kollege Schreiber hat noch eine kurze Frage, und dann würde ich vorschlagen, dass wir die Anhörung für heute zum Abschluss bringen. – Herr Kollege Schreiber, bitte!

**Tom Schreiber (SPD):** Herzlichen Dank! – Herr Mücke sprach über das Thema Nachwuchs. Das Thema Familie spielt eine große und wesentliche Rolle. Sie kennen alle die Geschichte der verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend. Klar waren alle erfreut, dass man das Verbot bundesweit durchgesetzt hat, aber die Netzwerke und Strukturen verschwinden ja nicht von heute auf morgen. Da habe ich eine Frage – sofern das in der Kürze beantwortet werden kann – zum Thema Frauen und Kinder und Jugendliche. Setzen Sie da anders an als bei Männern, oder sagen Sie, da ist genau dieses Vehikel, wo man noch ein Stück weit guten Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen bekommen kann, was das Thema Familie betrifft? Haben Sie da vielleicht mehr Chancen als bei Herren, die seit 20, 30 Jahren in eine Richtung laufen?

Abschließend der Punkt – das habe ich jetzt übergreifend bei Ihnen so verstanden –: Wenn die gesellschaftlichen Leitplanken nach der Haftentlassung nicht gegeben sind, wenn also Behörden, Strukturen, Institutionen nicht zusammenarbeiten, nicht ineinander greifen, dann heißt das ja auch etwas für beide Extremismusbilder, dann verlieren wir diese Menschen, und zwar dauerhaft. Also ist es eigentlich die Aufgabe der Gesellschaft insgesamt und aller, diese Brücke zu schlagen, weil die sonst zwar nicht ins Nichts verschwinden, aber sich andere Multiplikatoren und Personenkreise suchen, wo sie das ausleben können, was ihnen dann nicht gegeben wurde. So habe ich es jedenfalls mitgenommen.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Danke, Herr Kollege Schreiber! – Bitte, Herr Mücke!

**Thomas Mücke (VPN):** Ganz kurz: Es ist für Eltern, die davon betroffen sind, dass ihre Kinder in der rechtsextremen Szene sind, nicht so einfach, sich zu öffnen. Wir müssen versuchen, hier niedrigschwelligere Möglichkeiten zu schaffen, weil diese Eltern Hilfe und Unterstützung brauchen. Dann kommen wir auch an die Personen ran. Da kann man noch einiges machen. Ich verweise noch mal auf die zentrale Hotline, die die Berliner Polizeipräsidentin vorgeschlagen hat.

Zweitens: Sie haben manchmal die Situation, gerade beim Bund Heimattreuer Jugend – ich nenne ihn, weil ich mit diesem Personenkreis des Öfteren in verschiedenen Kontexten zu tun hatte –, dass Sie es mit Familien zu tun haben, die eindeutig insgesamt dem rechtsextremen Milieu zuzuordnen sind. Wir haben es mit Leuten zu tun, die hohe Funktionen bei den Kameradschaften hatten, in neonazistischen Aktionsgruppen tätig waren, die Standortführer der Wiking-Jugend waren und Ähnliches und die natürlich dann auch in ihrem Heim mit einer hohen Anzahl von Kindern – sagen wir mal, sechs – versuchen, den Nachwuchs heranzuziehen. Das ist dann ein abgeschlossenes Gebilde, da kommen Sie nicht ran, und auch ein Jugendamt geht da nicht ran. Dann ist auch die Frage – und die haben wir nicht zu prüfen – der Kindeswohlgefährdung zu stellen. Wenn Kinder in solchen Familien aufwachsen, haben sie keine Chance auf eine positive Entwicklung, und es ist zu gucken, ob derartige ideologische Gehäuse nicht mehr in die Bewertung der Kindeswohlgefährdung eingehen sollten.

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Mücke! – Herr Wichmann, Sie wollen noch etwas anfügen? Bitte!

**Fabian Wichmann (Exit Deutschland):** Nur eine kurze Ergänzung! Gerade mit der Frage Familie und Kindeswohlgefährdung haben wir uns im Zusammenhang mit dem schon erwähnten Urteil und auch später noch mal in verschiedenen Formen intensiv beschäftigt, weil es doch deutlich schwieriger ist in der Betrachtung: Wie kann man damit umgehen, inwiefern kann man da intervenieren? Ich gebe Ihnen bedingt recht. Wir haben auch Ausstiegsfälle aus diesen Strukturen, auch da ist eine Veränderung möglich, also die sind nicht so hermetisch, wie man von außen oftmals denkt. Die sind sicherlich da, aber man hat Möglichkeiten. Von daher muss man dieses Thema vorsichtig und sehr differenziert betrachten, weil es ein hochsensibles Thema ist.

Zu der anderen Frage, den Faden von Herrn Schreiber aufgreifend, der verzahnten Zusammenarbeit nach der Haft: Ich würde ein Stück vorher ansetzen, eigentlich schon in der Haft. Selbst wenn die Haft nicht ansteht, wäre ein verzahntes Arbeiten da in vielerlei Hinsicht notwendig. Wir hatten es vorhin schon mal kurz. Die verzahnte Ansprechpartnerstruktur zu finden, ist für uns manchmal sehr schwierig, aber auch generell im Bereich Staatsschutz und auf der Ebene von verschiedenen Behörden. Also wenn wir da noch eine Ebene und einen kürzeren Weg für bestimmte Fälle finden könnten – da hätten wir wahrscheinlich in der Vergangenheit schon eine Menge machen können. – [Zuruf: Auch manche Todesfälle vermeiden können!] – Genau!

**Vorsitzender Florian Dörstelmann:** Vielen Dank, Herr Wichmann! – Nach Vorlage des Wortprotokolls werden wir auf die Sache zurückkommen, einstweilen diesen Tagesordnungs-

punkt für heute abschließen und vertagen. Ich darf den Anzuhörenden ganz herzlich danken dafür, dass Sie uns heute mit diesen interessanten Ausführungen weitergeholfen haben und natürlich auch dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben – [Beifall] –, uns hier zur Verfügung zu stehen. Wir werden, wie gesagt, diesen Tagesordnungspunkt zu gegebenem Zeitpunkt wieder aufrufen und nach Vorlage und Auswertung des Wortprotokolls darüber erneut debattieren. Vielen Dank noch einmal!

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz zu den IS-Rückkehrern aus der Türkei, Syrien und dem Irak – Wie bereitet sich der Verfassungsschutz auf die Rückkehr dieser IS-Anhänger vor?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0060](#)  
VerfSch

Vertagt.

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz über die Wiederbelebung der RAF?**  
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

[0050](#)  
VerfSch

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

##### **Besondere Vorkommnisse**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.